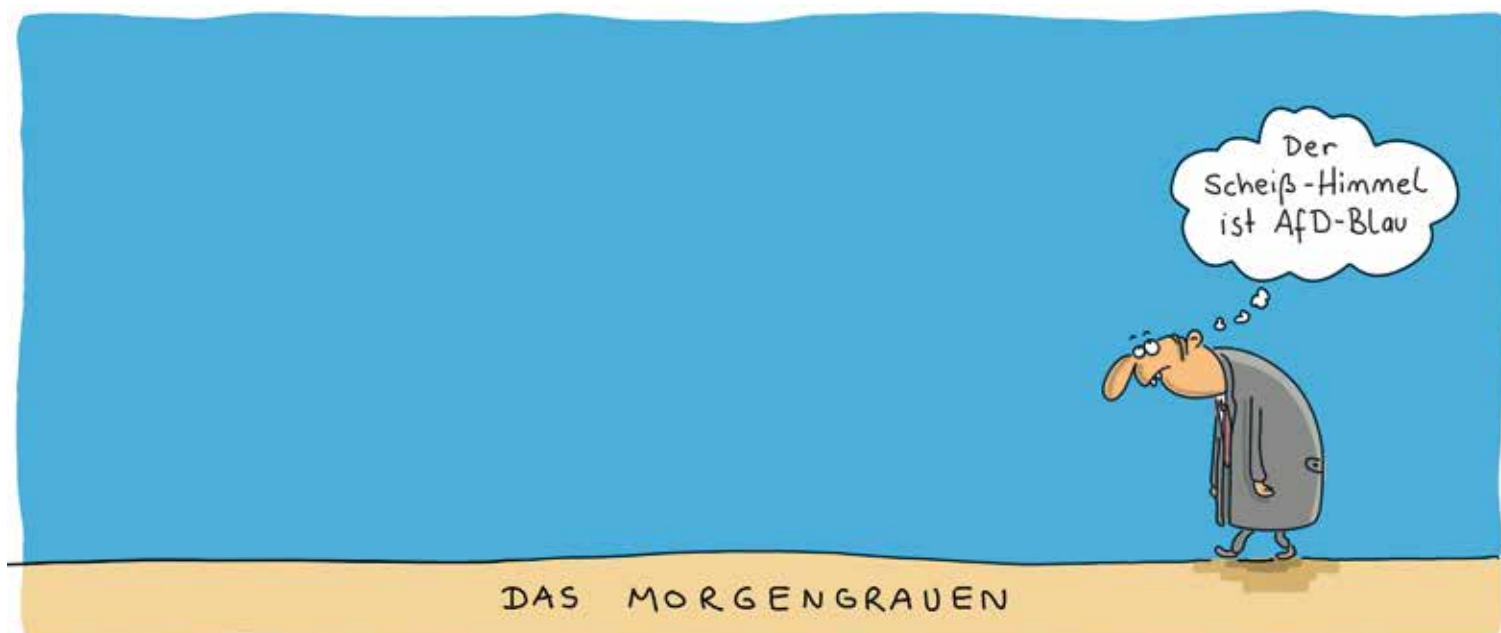


Blaue Post

NR 4 – APRIL 2016

AUS DEM SÄCHSISCHEN LANDTAG - FREISTAAT SACHSEN

KOSTENLOS



Die ausgeblendete Kritik

Wie Sachsens Bürger von Politik und Medien übergangen und beleidigt werden

Am 29. Februar berief die Staatsregierung überhastet eine Sondersitzung zu einem einzigen Themenschwerpunkt ein:

Es ging um die Rassismus-Vorwürfe, die Medien und Politik trommelfeuerartig nach dem Brand eines Asylheimes in Bautzen und den Protesten vor einem geplanten Asylheim mit im Bus anreisenden Asylbewerbern in Clausnitz erhoben. Natürlich lehnt auch die AfD-Fraktion Gewalt gegen Grundstücke und Asylbewerber ab. Jede Form von Gewalt ist zu verurteilen. Auch verbale. Allerdings nutzte der politisch-mediale Komplex diese Vorgänge, um Sachsen als DEN deutschen Hort des Rechtsradikalismus zu stigmatisieren. Das lehnt die AfD-Fraktion ab.

Fraktionsvorstandsmitglied Jörg Urban sagte in seiner Rede vor dem Sächsischen Landtag dazu: „Regierungserklärungen können nützlich sein. Sie müssen dazu

aber unbedingt die Ursachen und nicht nur die Symptome des Konfliktes offen benennen. Bürger als Pack, Mischpoke, braune Soße... oder Sachsen gar pauschal als braunen Schandfleck zu bezeichnen, das kann nur kontraproduktiv sein.“



MdL Jörg Urban



MdL Carsten Hütter

Sachliche Kritik über die herrschenden Zustände oder deren Lösung, findet in den wenigsten Medien statt. Zahlen, wie viele Asylbewerber Sachsen und Deutschland verkraften, werden von führenden Politikern nicht genannt. Regierungschef Tillich steht

scheinbar positionslos da und lässt Kommunalpolitiker mit ihren Bürgern die von ihnen nicht verursachte Situation ausbaden.

Der sicherheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Carsten Hütter, gibt den Regierungs- sowie den Oppositionsparteien der Linken und Grünen eine Mitschuld daran. Zumal diese zuvor geschlossen einen Antrag der AfD-Fraktion ablehnten, Gewalt aller politischen Strömungen zu ächten. Hütter: „Im vergangenen November hatten wir hier eine gemeinsame Chance, einhellig jede politisch motivierte Gewalt zu verurteilen. Unsere Fraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, dessen Wortlaut jeder Demokrat hätte mittragen können. Nur ein einziger Abgeordneter außerhalb unserer Fraktion hatte Rückgrat gezeigt und für unseren Antrag gestimmt. Jeder mag für sich selbst die Frage beantworten, welche Signale der Landtag aussandte, als er diesem Antrag nicht zustimmte.“

Grußwort

der Fraktionsvorsitzenden der Alternative für Deutschland im Sächsischen Landtag

Liebe Mitstreiter, Freunde und Förderer der AfD, liebe Bürger,



Frauke Petry

Mitglied des Sächsischen Landtags,
Vorsitzende der AfD-Fraktion,
Landesvorsitzende Sachsen,
Bundesvorsitzende

Kurz vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt lagen offensichtlich die Nerven blank. Nicht bei der AfD, sondern bei ihren Gegnern. So auch bei denen im Sächsischen Landtag und bei der sächsischen Staatsregierung. Um der AfD andernorts die Wähler abspenstig zu machen, reichte es offensichtlich nicht mehr aus, uns als „Hetzer“ und „Fremdenfeinde“ zu diffamieren.

Ein weiteres Attribut zur Brandmarkung musste her – und was eignet sich in einer Leistungsgesellschaft dazu besser, als dem Konkurrenten Faulheit zu unterstellen?! Anders ist es nicht zu erklären, dass der sächsische Ministerpräsident wider besseres Wissen behauptete, dass von der AfD im Landtag überhaupt keine inhaltliche Arbeit kommt. Die Beantwortung der Frage, ob unsere 643 Anfragen, 31 Anträge, 32 Änderungsanträge und 4 Gesetzesentwürfe keine Arbeit sind, überlassen wir hier gern den kritischen Lesern.

Sicherlich haben die anderen Oppositionsparteien bisher mehr Aktivitäten vorzuweisen. Das ist aber auch nicht verwunderlich, da diese einen enormen Erfahrungs- und Ausstattungsvorsprung hatten. Die AfD musste quasi bei Null anfangen – dies betraf sowohl die Mandatsträger als auch die Mitarbeiter. Es war ein politischer Neuanfang ohne einen einzigen Berufspolitiker. Hinzu kommt, dass sich der Arbeitsbeginn im Landtag um zwei Monate nach hinten verschob. Die neuen Fraktionsräume konnten erst im November, statt zum Beginn der Legislaturperiode, bezogen werden.

Mit viel kritischem Geist und Änderungswillen sind wir vor gut eineinhalb Jahren in die parlamentarische Arbeit gestartet. Wir werden alles daran setzen, nicht wie die derzeitige Regierungskoalition zu enden, deren Staatsoberhaupt uns einerseits vorwirft, wir arbeiteten gar nicht(!) und deren Abgeordnete im Landtag aber andererseits freimütig verkündeten, dass man ohnehin alle Anträge der Opposition ablehnen wird.

Aber so wenig genau es die Regierung mit der repräsentativen Demokratie nimmt, so sehr lehnt sie auch mehr direkte Demokratie ab.

Bestes Beispiel hierfür ist die einberufene Sondersitzung des Plenums im Februar zu dem Thema „Starker Staat und aktive Bürger: Gemeinsam unsere Werte verteidigen und Radikalisierung bekämpfen“ (siehe Titelseite). Mit aktiven Bürgern sind hier aber nicht etwa solche Bürger gemeint, die sich über Volksentscheide tatsächlich direkt einbringen möchten. Das wäre ja zu viel Demokratie. Genauso, wie es insbesondere der CDU offensichtlich zu viel war, gerade in letzter Zeit unsere Werte zu verteidigen. So mancher dürfte sich in diesem Zusammenhang fragen „Welche Werte eigentlich?“ um dann doch zügig darauf zu kommen, dass die eigenen Geldwerte gemeint sind. Geld, das man an anderer Stelle, wie zum Beispiel bei dringend notwendigen Investitionen in die soziale

und materielle Infrastruktur sowie bei der inneren Sicherheit nicht bereit war auszugeben. „Wir erleben, dass die Sicherheitssysteme kollabieren“, warnte unlängst der Gewerkschaftschef der sächsischen Polizei, Hagen Husgen. Das Wort „Kaputtsparen“ erlangt damit eine ganz neue Dimension.

Mit dieser Haltung der Regierung und der Koalition wird der Radikalisierung im Volk nicht vorgebeugt, sondern überhaupt erst erzeugt. Mancher macht es sich hier unverschämte leicht, wie der sächsische Wirtschaftsminister, Herr Dulig, der die Probleme im Freistaat mit einer besonderen Art von „Sachsen-Chauvinismus“ (v)erklärt, statt sich mit den eigentlichen Ursachen für die zunehmende Gewalt auseinanderzusetzen, nämlich das Hinwegregieren über die Köpfe eines Großteils der Bevölkerung.

Nicht nur im Sächsischen Landtag werden grundlegende Interessen der Bürger ignoriert, sondern auch in anderen Landesparlamenten. In den meisten Bundesländern gibt es ebenfalls Abstiegsängste in der Mittelschicht, langjährige Lohneinbußen und den Verfall von Sparguthaben durch den Euro, eine zunehmende Alters- und Kinderarmut, eine permanente Überforderung des Justizwesens, spürbare Einschnitte bei der Bildungspolitik, eine stagnierende Gesundheitsversorgung, fehlende Kinderbetreuungsplätze. Die derzeitige Migrationskrise hat dann „das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht“. Aber diese einfache Wahrheit ist kaum ein Politiker bereit auszusprechen.

Insofern war die Nervosität gegenüber der AfD berechtigt. Die Landtagswahlergebnisse von 15,1 % in Baden-Württemberg, 12,6 % in Rheinland-Pfalz und 24,2 % in Sachsen-Anhalt waren noch besser als erwartet, wenn auch nicht ganz überraschend.

Ich freue mich, dass mit drei weiteren AfD-Landtagsfraktionen und damit nun schon in der Hälfte aller Bundesländer Politik für – statt wie so oft gegen – den Bürger vorangetrieben werden kann.

Ich wünsche den neuen Abgeordnetenkollegen hierzu einen gelungenen Start und eine gute Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Fraktionen, wofür ich mich einsetzen werde.

Ihnen, liebe Leser, wünsche ich nun viel Vergnügen beim Lesen der 4. Ausgabe unserer Blauen Post.

Ihre/Eure
Frauke Petry

1. Gesetzentwurf der AfD-Fraktion vom Dezember 2015

Schulen und Sporthallen nur im Katastrophenfall für andere Zwecke verwenden!



In einer Turnhalle untergebrachte Flüchtlinge und Asylbewerber (dpa picture alliance)

Die zunehmende Belegung von Schulgebäuden, Schulräumen und Sporthallen mit Asylsuchenden beeinträchtigt massiv das Recht sächsischer Schüler auf ordnungsgemäßen Schulunterricht. Auch wenn gegenwärtig die Zahl der in Anspruch genommenen Gebäude noch gering ist, wird diese Zahl in den nächsten Wochen und Monaten massiv ansteigen. Die Schüler müssen dann zum Teil in anderen Schulen unterrichtet werden, zum Teil fällt der Unterricht ganz aus. Letzteres trifft insbesondere beim Sportunterricht zu, der nach Belegung einer Schulsporthalle mit Asylsuchenden nicht mehr möglich ist. Betroffen sind aber auch die Mitglieder von Sportvereinen, die ihrem Vereinssport nicht mehr oder nur noch in eingeschränkter Form nachgehen können. Hinzu kommt, dass die Sporthallen nach Abschluss der zweckwidrigen Belegung mit hohem Kostenauswand wieder hergerichtet werden müssen.

Der Landeselternrat Sachsen hat am 4. Oktober 2015 in einer Stellungnahme Politiker, Staatsregierung, Stadträte, Kreis- und Landräte aufgefordert, auf die Nutzung der direkt an Schulen gelegenen und für Unterricht und Vereinssport genutzten Turn- und Sportstätten als Erstaufnahme-, oder Flüchtlingsunterkunft zu verzichten. Er hat dafür gute Gründe genannt. Unter anderem hat er darauf verwiesen, dass die Schule als Lern- und Lebensort der Kinder dient und ein besonders zu schützender Raum ist. Die schulische Bildung soll zur Entfaltung

der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen.

Für diesen gesetzlichen Bildungsauftrag der Schule spielt der schulische Sportunterricht eine wesentliche Rolle. Wo sonst lernen die Schüler in gleicher Weise, ihre Persönlichkeit in Gemeinschaft mit anderen zu entfalten? Der schulische Sportunterricht mit seinem Angebot zum Erlernen und Spielen von Mannschaftssportarten wie Handball, Basketball, Volleyball und nicht zuletzt Fußball dient auch dem Erlernen von Teamgeist und fairem Verhalten und ist hier unverzichtbar.

Darüber hinaus ist der schulische Sportunterricht für die körperliche und geistige Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen von essenzieller Bedeutung. Dies gilt umso mehr, als Experten schon seit längerem vor dem Hintergrund des geänderten Freizeitverhaltens vieler Kinder und Jugendlicher im Vergleich zu Gleichaltrigen von vor zwanzig oder dreißig Jahren erhebliche Bewegungsdefizite beobachten. Der Sportunterricht an den Schulen müsste also eigentlich sogar intensiviert werden.

Mit dieser Ergänzung des Sächsischen Schulgesetzes wird erreicht, dass eine zweckfremde Nutzung von Schulgebäuden, Schulräumen und Schulsporthallen nur im Katastrophenfall möglich ist.

Das Sächsische Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz enthält eine klare Definition des Be-

griffs Katastrophe. Eine Katastrophe ist ein Geschehen, welches das Leben, die Gesundheit, die Versorgung zahlreicher Menschen mit lebensnotwendigen Gütern und Leistungen, die Umwelt oder erhebliche Sachwerte in so außergewöhnlichem Maße gefährdet oder schädigt, dass Hilfe und Schutz wirksam nur gewährt werden können, wenn die zuständigen Behörden und Dienststellen, Organisationen und eingesetzten Kräfte unter der einheitlichen Leitung einer Katastrophenschutzbehörde zusammenwirken.

Im Grußwort zu der vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus herausgegebenen Broschüre „Schulsport in Sachsen – Schuljahr 2015/2016“ schreibt Frau Staatsministerin Brunhild Kurth: „Wer Sport treibt hält sich fit – und zwar nicht nur den Körper, sondern auch den Kopf. Dabei unterstützt die Vielfalt der sportlichen Disziplinen die unterschiedlichsten Begabungen unserer Schülerinnen und Schüler. Sport ist deshalb wichtiger Bestandteil der schulischen Bildung.“ Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Es bedarf keiner Diskussion, dass im Katastrophenfall der schulische Sportunterricht der Einrichtung von Notquartieren befristet weichen muss. Außerhalb von Katastrophenfällen ist dies jedoch nicht vermittelbar. Es gibt kein legitimes Interesse daran, gesetzlichen Aufgaben im Zuge der Vernachlässigung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebs, einschließlich des Schulsports, nachzukommen. Hier ist eine Interessen- und Rechtsgüterabwägung vorzunehmen. Die Unterbringung von Asylbewerbern in Sporthallen ist keine kurzfristige Maßnahme. Nach Beendigung der Belegung ist mit vorher nicht kalkulierbaren Instandsetzungskosten zu rechnen. Statt der zweckwidrigen Sporthallennutzung ist es sinnvoller, z.B. kostengünstige wetterfeste Hallen in Leichtbauweise zu errichten.



MdL
Dr. Frauke Petry

Sinnlose Wirtschaftssanktionen gegen Russland beenden!

AfD-Fraktion fordert Einstellung der Embargo-Politik

Während der 27. Plenarsitzung des Sächsischen Landtages am 3. Februar 2016 forderte ich die Staatsregierung auf, ...auf die Bundesregierung sachlich Einfluss zu nehmen, dass diese auf ein unverzügliches Ende der sinnlosen Embargopolitik gegen Russland auf EU-Ebene hinwirkt und insbesondere keiner weiteren Verlängerung der Sanktionen über den 31. Juli 2016 hinaus zustimmt.



Demo der AfD-Fraktion vor der Semperoper

Begründung: die nun fast zwei Jahre andauernde Embargo-Politik gegen Russland hat bisher nicht den erhofften politischen Erfolg, nämlich eine grundlegende Veränderung der russischen Politik im Ukraine Konflikt, erzielt. Die Maßnahmen haben sich folglich als ungeeignet erwiesen. Eine Fortsetzung kann bereits aus diesem Grunde nicht sinnvoll sein. Fraglich ist zudem, ob Russland die Forderungen der EU zur Bewältigung des Konflikts überhaupt erfüllen kann. Die Europäische Union betont als Maßstab ihres Handelns stets, dass sich Sanktionsmaßnahmen gegen den Verantwortlichen des auslösenden Ereignisses und nicht gegen die breite Bevölkerung richten müssen. Mit Sicherheit kann gegenwärtig festgestellt werden, dass die EU diese Kriterien in der vorliegenden Situation nicht einhält und mit ihren Sanktionen überwiegend den russischen Ver-

braucher, also die breite Bevölkerung, trifft. Das einfache Volk Russlands leidet unter den wirtschaftlichen Sanktionen. Es wird ein Heer von Arbeits- und Obdachlosen geschaffen, die ihre wirtschaftliche Existenz verlieren und nun teilweise in eiskalten Bahnhofs-schächten frieren oder sogar sterben müssen.

Der Ukraine-Konflikt wurde außerdem durch den Kurs der NATO, die immer weiter nach Osten, also in den russischen Vorhof, rückte, mit verursacht. Die EU setzte der Ukraine mit dem Assoziierungsabkommen die Pistole auf die Brust, sich entweder für die EU oder für Russland zu entscheiden und löste damit auch die Konflikte auf dem Maidan aus. Zudem ist es para-

dox, einerseits gemeinsam mit Russland den Syrien-Konflikt und die Einwanderungsproblematik lösen zu wollen und auf der anderen Seite Sanktionen gegen einen Interessenspartner zu verhängen.

Unter den Sanktionen leiden deutsche und insbesondere sächsische Exportunternehmen ebenso wie das russische Volk. Der Kaufkraftverlust in Russland führt dazu, dass die Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen enorm sinkt und somit nicht allein die primär exportorientierten Branchen betroffen sind. So hat beispielsweise die sächsische Tourismusbranche im Jahre 2014, bezogen auf den russischen Besucherkreis, einen alarmierenden Rückgang bei den Gästeankünften von 33,4 Prozent und bei den Übernachtungen von 18,8 Prozent gemeldet.

Führende Vertreter der sächsischen Industrie- und Handelskammern fordern jetzt öffentlich, dass sich Sachsens politische Führung für die Beendigung der Wirtschaftssanktionen mit Russland stark macht. Sächsische Unternehmen, vor allem der Maschinen- und Stahlindustrie, erlitten bisher schon Millionen-Einbußen; Tausende Arbeitsplätze fielen bereits weg.

Auch deutschlandweit wächst der Unmut. Die Exporte der deutschen Wirtschaft nach Russland sind im vergangenen Jahr um 25,5 Prozent eingebrochen. Gemessen am bisherigen Rekordjahr 2012 hat sich der deutsche Export in den vergangenen drei Jahren von 38 Milliarden auf 21 Milliarden Euro sogar fast halbiert. In einer Umfrage der Deutsch-Russischen Handelskammer sprachen sich bereits 60 Prozent der teilnehmenden Unternehmen für eine sofortige Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland aus.

Mehrfach hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag die Aufhebung der Sanktionen gefordert, genau wie Sachsens Industrie und Handwerk. Jedes Mal wurde unser Antrag arrogant vom SPD-Wirtschaftsminister Dulig abgeschmettert. Die SPD gibt damit - einmal mehr - ihre Position auf, für die Interessen der Arbeitnehmer und kleinen Leute einzutreten. Denn diese leiden unter den ausbleibenden Aufträgen aus dem Osten am meisten. Arroganz und Machterhalt an der Seite der CDU hat die Sachsen-SPD für Arbeiter und Angestellte unwählbar gemacht.



von Mdl
Mario Beger

Helft den Bürgerstreifen

Das Thema „Innere Sicherheit“ ist ein Dauerbrenner im Sächsischen Landtag.



MdL Carsten Hütter im Sächsischen Landtag

Seit Jahren steigt die Kriminalität in Sachsen stark an. Doch die CDU-Regierung hat nichts Besseres zu tun, als weiter Personal bei der Polizei abzubauen. Die Politik in Sachsen kommt ihrer Aufgabe, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen, nicht mehr in vollem Umfang nach. Die Menschen vor Verbrechen zu schützen, ist eine der elementarsten Aufgaben - und sie wird von der derzeitigen Regierung nicht erfüllt. Selbst der Chef der sächsischen Polizeigewerkschaft, Hagen Husgen, gibt gegenüber der LVZ im Januar zu: „Die Polizei kann schon heute in Sachsen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.“ Mehrfach hat deshalb die AfD-Fraktion im sächsischen Landtag gefordert, die Polizeireform 2020 zu stoppen und mindestens 2000 neue Polizisten einzustellen.

Ein Blick auf die Zahlen der aktuellsten Polizeistatistik aus dem Jahr 2014 hilft zu verstehen, warum immer mehr Bürger im Freistaat Angst haben. Die Zahl der Diebstähle stieg in Sachsen um über fünf Prozent auf 144.751. Das sind 396 pro Tag! Die Aufklärungsquote lag hier bei 29,9 Prozent. Insgesamt gab es 327.196 registrierte Straftaten. 37 pro Stunde!!! Die Schadenssumme: 46.449 Euro PRO STUNDE! (Quelle: poliz. Kriminalstatistik Sachsen 2014)

Dem stehen 11.566 Polizisten gegenüber, die Verbrecher jagen, Objekte bewachen,

Demonstranten vor Übergriffen schützen, Fußballspiele absichern und Prävention betreiben sollen. Von diesen Beamten sind auch noch 1384 im Polizeivollzugsdienst länger als drei Monate krankgeschrieben, weil sie den Anforderungen nicht mehr gewachsen sind.

Polizeigewerkschafter Husgen beklagt zu Recht: „Wir erleben, dass die Sicherheitssysteme kollabieren. Die Zahl der unbearbeiteten Fälle ist auf 70.000 Straftaten gestiegen. Das ist ein enormer Zuwachs.“

Umso verständlicher ist die Tatsache, dass Menschen sich organisieren, um sich und ihr Eigentum zu schützen. Und was machen unsere Politiker der etablierten Parteien? Sie rümpfen über die Bürgerwehren die Nase. Eine Unverschämtheit: Erst spart man die Polizei krank, kann selbst nicht mehr für die Sicherheit sorgen, und regt sich dann noch darüber auf, wenn Menschen die Sache selbst in die Hand nehmen.

Die AfD-Fraktion fordert, dass Bürgerwehren oder besser Bürgerstreifen von der Polizei unterstützt werden und perspektivisch alle geeigneten Freiwilligen in die sächsische Sicherheitswacht übernommen werden. Bis dahin sollte die Regierung den Bürgerstreifen helfen und ihnen Ansprechpartner und Berater zur Seite stellen. (Drs. 6/1823)

MdL Carsten Hütter

Zu Gast bei der Bürgerinitiative in Klingenthal

Auf Einladung der Bürgerinitiative Klingenthal trat ich als kommunalpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag am 06.02.2016 als Gastredner vor ca. 180 interessierten Bürgern auf.

Hauptanliegen der Bürgerinitiative „Für ein schönes und sicheres Klingenthal“ ist die dauerhafte Wiederbesetzung des lokalen Polizeireviers. Derzeit ist der Polizeiposten nur zwischen 8 und 16 Uhr besetzt, trotz steigender Zahl an Einbrüchen, aufgrund der nahen, offenen Grenze.

Ich habe versprochen, mich im Sächsischen Landtag für diese Forderung einzusetzen. Bis endlich wieder mehr Polizisten in Klingenthal für Sicherheit sorgen, hat sich spontan eine Bürgerstreife gebildet. Für Unruhe sorgt zusätzlich die Ankunft der ersten muslimischen Asylbewerber im beliebten Urlaubsort. Nach den Sex-Attacken von Köln haben viele Frauen Angst vor neuerlichen Übergriffen.



Klingenthaler Bürger sind mangels Polizeipräsenz um ihre Sicherheit besorgt

Neben florierender Grenzkriminalität und Drogenschmuggel ermöglicht die offene Grenze auch den unkontrollierten Zustrom von illegalen Einwanderern. Ich habe deshalb unseren tschechischen Nachbarn für ihre besonnene Asylpolitik gedankt. Diese hat verhindert, dass Klingenthal als Grenzstadt dasselbe Schicksal erleiden musste wie viele Grenzorte in Bayern.

MdL Gunter Wild

Von der Kreativwirtschaft bis zum Tortenwurf

Ein neuer Trend drängt an die Subventionstöpfe

Ein neuer Begriff betritt die politische Bühne der Lobbyisten: die Kreativwirtschaft. Zunächst noch ganz harmlos und sympathisch im Zusammenhang mit szenetypischen Erwartungen an die Kommunal- und Landespolitik.

Ein Kulturzentrum da oder dort, als selbstverwaltetes Kompetenzzentrum für alle Formen autonomer politischer und kunstgewerblicher Beschäftigung.

Damit es weniger vermufft nach Ton, Marmor, Steinen und Farben riecht, ergänzt um Spieleentwickler und sonstige Computerkünstler, seien es YouTube-Filmer, Animatoren, Architekten, Stadtplaner oder Grafiker. Kurz und gut, ein bunter Haufen der bunten Republik geriert sich als dynamischer Wirtschaftsfaktor, ist aber zu schwach, um aus eigener Kraft und Leistung heraus marktgerichtete Mieten und Beiträge für die Künstler-sozialversicherung zu erwirtschaften.

Jetzt bekommt die Sache einen paradoxen Dreh, denn eigentlich ist die Medien- und Kommunikationswirtschaft, die per Definition auch zur Kreativwirtschaft gehört, sogar umsatzstärker als die Energieversorger. Die Erträge sind in der Regel gesund. Wie kommt es also dazu, dass ein Teil nach Förderung durch Bund, Land und Kommune verlangt, der größere und dynamischere Teil dieses Segmentes sich aber erfolgreich im Wettbewerb behaupten kann?

Die Frage ist schon die Antwort, es ist der Wettbewerb. Noch klarer formuliert, die Wettbewerbsunwilligkeit, sei es aus persönlichen Gründen oder gar politischen Intentionen. Man versteht sich in der sogenannten Kreativwirtschaft als Avantgarde, Erzieher und Gestalter einer neuen, besseren Welt. Das ist auch gut so, begründet aber keinen Anspruch auf Subventionen. Im Gegenteil, eine öffentlich subventionierte Avantgarde ist ein Widerspruch in sich selbst.

Wenn sich also die politischen Eliten von Berlin bis zur sächsischen Staatsregierung mit ihrem Koalitionsvertrag ganz offen für eine derartig gesponserte Szene einsetzen, dann



geht es nicht um kreative neue Wege und Lösungen, sondern ganz klar um die politische Instrumentalisierung der sogenannten Avantgarde. Sie wird missbraucht und lässt sich willig missbrauchen. Für Mainstream-Propaganda im Dienste von wem auch immer. Das hat aber nichts mit Avantgarde zu tun.

Wie das geht, haben wir schon mal in Dresden im Kommunalwahlkampf erlebt und nun wieder gegen Beatrix von Storch und Albrecht Glaser in Kassel bei der berühmten Tortenschlacht.

Ausführendes Organ waren die Aktionskünstler vom Peng! Collective, der ersten PR-Agentur für die Zivilgesellschaft. Gepuscht und gesponsert von der Kulturstiftung des Bundes.

Dass dies kein Ausrutscher war, kann man nachlesen: Beim Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter dem Titel: Mitreden. Mitspielen. Mitgestalten. Dort träumt einer der rhetorischen Köpfe der Kreativwirtschafts-Lobby schon von einem „Ministerium für alles“. Das ist nicht Dada sondern gaga. Er phantasiert, ganz im Stil sozialistischer Massenorganisationen, von achthunderttausend Avantgardisten vor dem Reichstagsgebäude in Ber-

lin, die ihre Forderungen herausschreien.

In diesem Kontext antworte ich der Staatsministerin Dr. Eva Maria Stange auf ihre Frage: „Was haben Sie denn für eine Vorstellung?!“, die ich im Plenum leider nicht mehr beantworten konnte, mit der persönlichen Feststellung, dass ich mich, als kreativ Tätige, nicht als Teil einer so formierten Masse verstehe.

Der Wirtschaftssektor der Kultur- und Kreativwirtschaft lebt von der Freiheit und der offenen Begegnung und Bearbeitung der jeweiligen Herausforderungen. Dazu braucht es kein von Funktionären betreutes Denken. Was die Kreativwirtschaft braucht, ist ein wirtschaftliches Klima, das Innovationen nicht nur sucht, sondern auch erlaubt. Dann klappt's auch mit der gegenseitigen Refinanzierung. Ohne Subventionen und Barrikaden.

Karin Wilke, kulturpolitische Sprecherin der AfD, sprach am 03.02.2016 im Sächsischen Landtag über die Kreativwirtschaft



Pflege: Herausforderung für die Zukunft

Enquetekommission im Sächsischen Landtag (Drs. 6/3472)

Die Pflege von Bedürftigen wird in den nächsten Jahrzehnten eine Herausforderung für unsere Gesellschaft werden. Derzeit sind in Sachsen rund 138.000 Personen pflegebedürftig, im Jahre 2030 werden es schon knapp 200.000 sein. Sind wir darauf vorbereitet? Ich glaube, momentan nicht. Hier nur einige der Probleme:

Die Bezahlung der Pflegekräfte ist in Sachsen unterdurchschnittlich. Nur in Sachsen-Anhalt wird noch weniger gezahlt. Die Folge: gut ausgebildete Fachleute wandern in die alten Bundesländer ab, wo sie bis zu 1000 Euro monatlich mehr verdienen können. Kein Wunder, dass 2014 1482 offenen Stellen im Pflegebereich nur 148 arbeitslose Pflegekräfte gegenüberstanden.

Die Belastung der Pflegekräfte ist ungewöhnlich hoch. Nach einer Analyse der Hans-Böckling-Stiftung und Lohnspiegel.de bewerten Sachsens Pflegekräfte auf einer Skala von eins bis fünf ihre Stressbelastung mit 3,98 und ihre körperliche und seelische Belastung mit 3,8. Das ist enorm viel und macht den Pflegeberuf natürlich unattraktiv.

Pflegende Angehörige sehen sich derzeit einem unangemessenen Verwaltungsaufwand gegenüber; obendrein fehlt es an der gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Arbeit.

In diesem Zusammenhang fehlt es auch an Konzepten, wie Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung führen können.

Alles Probleme, die jetzt auf den Tisch müssen, und nicht erst, wenn es zu spät ist. So ist es zu begrüßen, dass der Sächsische Landtag jetzt eine Enquetekommission eingesetzt hat, die genau diese Zukunftsfragen diskutiert. In der Kommission arbeiten alle Fraktionen des Landtages mit.

GRÜNE: AUS PRINZIP DAGEGEN

Da eine Enquetekommission fraktionsübergreifend arbeitet, sollte diese auch - mittels Antrag aller im Sächsischen Landtag vertretenen Fraktionen - eingebracht werden. Die GRÜNEN verweigerten sich aber einer gemeinsamen Einbringung, da sie nicht gemeinsam mit der AfD an einem Antrag betei-

ligt sein wollten. Die Bedeutung des Themas für die nächsten Jahrzehnte spielte dabei keine Rolle, lediglich die Ideologie. Selbst wenn es um eine zukunftsfähige Pflegekonzeption - die nicht nur für Pflegende und Pflegebedürftige, sondern auch für das Wohl unserer Gesellschaft von immenser Bedeutung ist - geht, sind für die GRÜNEN ideologische Vorbehalte wichtiger als die Sache selbst.

Der Antrag, dem alle Fraktionen zustimmten, wurde somit nur von der Regierungskoalition eingebracht. Wir werden alles dafür tun, in dieser Kommission Ergebnisse zu erzielen, die Sachsen auch in den nächsten Jahrzehnten zu einem lebenswerten Ort machen. Auch und gerade für alte und pflegebedürftige Menschen.

von Mdl
André Wendt



Gleichberechtigung geht bei der AfD auch ohne Quote

Landtagsabgeordnete Andrea Kersten griff selbst zum Hammer, als sie ein Regal in ihrem Büro im Sächsischen Landtag einbauen wollte. Die Lichtenauerin erklärte: „Gelebte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ein hohes Gut in der AfD. Wir brauchen dafür aber kein ideologisches Umerziehungsprogramm, wie von linksrotgrünen Parteien propagiert wird. Als ostdeutsche Frau war ich schon immer erfolgreich berufstätig - ganz ohne Quote.“



Aktuelle Übersicht der regionalen Bürgerbüros

MdL	Ort	Straße	Telefon-Nr.	E-Mail	Öffnungszeiten
J. Urban/ A. Wendt	01067 Dresden	Wilsdruffer Str. 11	0351 / 323 00 59 5	afdbuero-dresden@urban-wendt.de	Mo, Di, Do: 09 -14; Mi: 14 - 19
	02977 Hoyerswerda	Am Bahnhofsvorplatz 1 b	03571 / 927 71 08	afdbuero-hoyerswerda@urban-wendt.de	Mo, Mi, Fr: 10 - 14; Di, Do: 14 - 18
Dr. K. Muster	02625 Bautzen	Heringstr. 6	03591 / 531 52 52	kirsten.muster@afdsachsen.de	Di: 14 - 17, Mi: 11 - 14, Do: 14 - 18
	01468 Moritzburg	Markt 15	035207 / 997 33 3	kirsten.muster@afdsachsen.de	Di 10 - 16, Do 14 - 18
M. Beger	01558 Großenhain	Dresdner Str. 7	03522 / 559 61 87	mario.beger@afdsachsen.de	Di, Do: 10:00 - 18:00
	01662 Meißen	Roßmarkt 3	03521 / 492 18 27	mario.beger@afdsachsen.de	Do: 10:00 - 18:00
D. Spangenberg	01445 Radebeul	Eduard-Bilz-Str. 33	0351 / 272 21 52	detlef.spangenberg@afdsachsen.de	nach Vereinbarung
	04758 Oschatz	Wermisdorfer Straße 1	0351 / 272 21 52	detlef.spangenberg@afdsachsen.de	Di: 10:30 - 17:00
	01662 Meißen	Roßmarkt 3	03521 / 492 18 28	detlef.spangenberg@afdsachsen.de	Di: 11:00 - 18:00
G. Wild	08527 Plauen	Marienstr. 22	03741 / 383 54 92	plauen@gunter-wild.de	Mo, Do: 14:00 - 18:00
	08228 Rodewisch	Äußere Lengenfelder Str. 10	03744 / 229 60 29	rodewisch@gunter-wild.de	Di: 14 - 18; Do: 10 - 14
	08233 Treuen	Weststraße 6	01525 / 933 92 33	treuen@gunter-wild.de	nach Vereinbarung
	08258 Markneukirchen	Dorfstraße 2	0171 / 734 92 20	markneukirchen@gunter-wild.de	nach Vereinbarung
	08064 Zwickau	Lengefelder Str. 54	0375 / 283 20 39 2	zwickau@gunter-wild.de	Di: 09:30 - 13:00 & 13:30 - 18:00
U. Wurlitzer	04105 Leipzig	Nordstraße 1	0341 / 442 89 95	leipzig@uwewurlitzer.de	Mo - Fr: 09:00 - 15:00
	04207 Leipzig-Grünau	(Leipzig) Selliner Str. 1 a-c	0341 / 940 61 76 0	gruenau@uwewurlitzer.de	Di, Do: 10 - 16; Mi: 15:00 - 18:00
	04838 Eilenburg	Leipziger Str. 56	03423 / 750 65 55	eilenburg@uwewurlitzer.de	Mo: 12 - 18; Mi: 14 - 18; Fr: 12 - 18
	04509 Delitzsch	Bismarckstr. 40	034202 / 305 64 0	delitzsch@uwewurlitzer.de	Di, Mi, Do: 10:00 - 16:00
A. Barth	01705 Freital	Dresdner Str. 234	0351 / 339 48 96 6	andre.barth@afdsachsen.de	Di, Do: 14.00 - 18.00
	01796 Pirna (in Planung)	Gartenstraße 37	-	-	-
	01744 Dippoldiswalde	Am Markt 10	03504 / 724 38 47	andre.barth@afdsachsen.de	Di, Do: 10:00 - 18:00
K. Wilke	09599 Freiberg	Kesselgasse 10	03731 / 164 08 01	freiberg@karin-wilke.de	Di, Do 10 - 13 & 14 -18
C. Hütter	08280 Aue	Altmarkt 7	0178 / 545 95 03	carsten.huetter@afdsachsen.de	Di, Do: 16:00 - 18:00
	09385 Lugau	Stollbergerstr. 7	0178 / 545 95 03	carsten.huetter@afdsachsen.de	Mo, Mi: 16:00 - 18:00
	09496 Marienberg	Dörfelstr. 28	03735 / 613 84	carsten.huetter@afdsachsen.de	Mo - Fr: 09:00 - 18:00
	09456 Annaberg-Buchholz	Adam-Ries-Str. 16	03733 / 145 40 0	carsten.huetter@afdsachsen.de	Di & Do: 16:00 - 18:00, Fr: Absprache
	09112 Chemnitz	Theaterstr. 15	0371 / 666 26 61 6	carsten.huetter@afdsachsen.de	Di - Fr: 17:00 - 19:00
S. Grimm	02763 Zittau	Bahnhofstraße 33	03583 / 554 94 00	silke.grimm@afdsachsen.de	Mo, Mi: 10 - 14; Fr: 14 - 18
	01917 Kamenz	Willy-Muhle-Straße 32	035783 / 748 88 0	silke.grimm@afdsachsen.de	Mo: 10 - 14, Mi: 14 - 18
	02708 Löbau (in Planung)	Breitscheidstrasse 42	-	-	Di: 14 - 18; Do: 10 - 14
A. Kersten	09648 Mittweida	Rochlitzer Straße 19	03727 / 999 20 30	andrea.kersten@afdsachsen.de	Mo: 14 - 18; Do: 10 - 12 & 13 - 16
	09212 Limbach-Oberfrohna	Helenenstraße 33		andrea.kersten@afdfraktionsachsen.de	Eröffnung: in Kürze
S. Wippel	02943 Weißwasser	Muskauer Str. 73	03576 / 218 66 78	weisswasser@sebastian-wippel.de	Öffnungszeiten bitte erfragen
	02826 Görlitz	Salomonstr. Eingang über Berliner Str. 50	2/03581 / 879 64 73	goerlitz@sebastian-wippel.de	Mo: 09 - 13; Mi: 09 - 13 & 15 - 19; Fr: 09 - 13
Dr. F. Petry	04668 Grimma	Frauenstr. 17	03437 / 941 71 42	grimma@fraukeepetry.net	Mo, Fr: 10 - 15; Di: 11 - 19; Mi: 12 - 18 ; Do: 09 - 12
	04838 Eilenburg	Leipziger Str. 56	03423 / 750 65 55	eilenburg@fraukeepetry.net	Mo: 12:00 - 18:00; Mi: 14:00 - 18:00 Uhr; Fr: 12:00 - 18:00
	04509 Delitzsch	Bismarckstr. 40	034202 / 305 64 0	delitzsch@fraukeepetry.net	Di, Mi, Do: 10:00 - 16:00
	04552 Borna	Grabengasse 1	03433 / 245 47 21	borna@fraukeepetry.net	Mo, Mi: 10 - 16; Di: 10 - 18; Do: 10 - 15; Fr: 12 - 16

Die Arbeitskreise

Die AfD-Fraktion hat ihre politische Arbeit thematisch in sechs Arbeitskreisen aufgeteilt.



Arbeitskreis 1

Pro Arbeitskreis treffen sich in der Regel alle vierzehn Tage vier bis fünf Parlamentarier und ihre parlamentarischen Fachberater. Oft werden zusätzlich Sachverständige und Verbände eingeladen. Die Ziele der Arbeitskreise sind:

- Diskussion und Erarbeitung einer einheitlichen Position der AfD-Fraktion in einzelnen Sachfragen
- Themenfindung und Ausarbeitung der aktuellen Debatte, Anträge und Gesetzesvorhaben für das nächste Plenum im Sächsischen Landtag
- Erarbeitung und Auswertung von großen und kleinen Anfragen der Abgeordneten der AfD-Fraktion an die Staatsregierung
- Vorbesprechung und Auswertung der Abstimmungen in den Ausschüssen
- Beantwortung von Bürgeranfragen
- Kontaktaufnahme zu Interessengruppen



Arbeitskreis 2



Arbeitskreis 3

**ARBEITSKREIS 1:
WIRTSCHAFT, ARBEIT UND FINANZEN**

Finanzen

- Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsverhandlung des jeweiligen Doppelhaushaltes des Sächsischen Landtages aufgrund des Regierungsentwurfes
- Regelmäßige Überwachung der Ausgabenpolitik des Freistaates während des zweijährigen Haushaltsvollzuges
- Kritische Begleitung der Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich ab 2019, Absicherung der haushaltsrechtlichen Souveränität des Freistaates nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II
- Bestrafung von Steuerverschwendung und Missmanagement

Wirtschaft/Arbeit/Verkehr

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes
- Beendigung der Russlandsanktionen
- Einsatz für verstärkte regionale Wirtschaftsförderung ohne den Umweg über Brüssel
- Untersuchung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sächsische Wirtschaft und Erarbeitung von geeigneten Maßnahmen zur dauerhaften Stärkung des Fachkräftebedarfs der sächsischen Wirtschaft
- Meisterabschluss für Handwerker erhalten
- Bürokratieabbau zur Entlastung von Unternehmen
- Erhalt und punktueller Ausbau der Verkehrsinfrastruktur
- Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum durch alternative Verkehrsangebote

ARBEITSKREIS 1:

Vorsitz	Barth
weitere MdL	Beger, Grimm Spangenberg, Urban
Parlament. Berater	Nagatz, Jänicke
E-Mail	ak1@afd-fraktion-sachsen.de

**ARBEITSKREIS 2:
DEMOKRATIE UND RECHT**

Innere Sicherheit/Justiz:

- Polizeireform 2020 stoppen, mindestens 2000 Polizisten neu einstellen und in bessere Ausrüstung investieren
- Zunehmende Kriminalität vor allem im grenznahen Raum stoppen durch permanente Personen- und Güterkontrollen an deutschen Außengrenzen.
- Null-Toleranz-Politik gegenüber jeglicher Gewalt und Kriminalität
- Linksextremismus genauso bekämpfen wie Rechtsextremismus
- Justiz personell und technisch besser ausstatten, damit Gerichtsprozesse schneller durchgeführt werden und Straftäter nicht vorzeitig aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen.

Verfassung und Recht:

- Stärkung der direkten Demokratie, Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung in Sachsen.
- Verkleinerung des Sächsischen Landtages analog der schrumpfenden Einwohnerzahl



ARBEITSKREIS 2:

Vorsitz	Dr. Muster
weitere MdL	Hütter, Wendt Wilke, Wippel
Parlament. Berater	Kirschke, Lohbreyer
E-Mail	ak2@afd-fraktion-sachsen.de

**ARBEITSKREIS 3:
BILDUNG, KULTUR UND MEDIEN**

Bildung:

- Deutlich mehr Neueinstellungen von Lehrern, um Unterrichtsausfall zu verhindern
- Mehrgliedriges Schulsystem und Förderschulen erhalten, Mittelschulen stärken
- Klassengröße auf maximal 25 Schüler absenken, Schulstandorte erhalten
- Keine Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule, Ablehnung von „Gender-Mainstreaming“
- Erziehungsoffensive für bessere Disziplin
- Einheitliche Schulabschlüsse in ganz Deutschland
- Rückabwicklung des Bologna-Modells, Wiedereinführung der bewährten Diplom- und Magisterabschlüsse an den Hochschulen
- Trend zur Akademisierung verhindern; auch Berufsabschlüsse werden gebraucht

Kultur und Medien:

- Abschaffung der pauschalen Rundfunk-Zwangsbeiträge. Der verfassungsgemäße Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist grundlegend neu zu definieren und seine partei- und gesellschaftspolitische Neutralität ist grundlegend zu wahren.
- Kulturförderung darf nicht ideologisch oder nach dem Gießkannenprinzip erfolgen.
- Ein Tag im Monat freier Eintritt in staatliche Schlösser, Museen und Denkmäler. Mehr Unterstützung für Kultur- und Sportvereine.

ARBEITSKREIS 3:

Vorsitz	Kersten
weitere MdL	Dr. Muster Wilke
Parlament. Berater	Matern, Kirschke, Drenkhahn
E-Mail	ak3@afd-fraktion-sachsen.de



Arbeitskreis 4



Arbeitskreis 5

ARBEITSKREIS 4: UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT

Umwelt:

- Artenvielfalt erhalten und Naturlandschaft schützen
- Schadstofffreie Trinkwassergewinnung und umweltgerechte Abwasserentsorgung
- Energiewende mit Augenmaß: Kein überhasteter Ausstieg aus der Kohleverstromung und keine Windkraftanlagen in der unmittelbaren Nähe von Wohnhäusern und Naturschutzgebieten
- Fracking verbieten

Landwirtschaft:

- Agrarsubventionen und Auflagen so umbauen, dass kleine bäuerliche Betriebe gestärkt werden gegenüber Großinvestoren und Agrarfabriken
- Keine Subventionen für Energiepflanzen zur Stromproduktion. Diese verdrängen die Nahrungsmittelproduktion und treiben die Pachtpreise in die Höhe. Zu verkaufende Bodenflächen zuerst an kleine Betriebe statt an Bodenspekulanten
- Ablehnung gentechnisch veränderter Pflanzen und Produkte. Schaffung von gentechnikfreien Zonen. Förderung von ökologischem Landbau und regionaler Wertschöpfung.
- Kartelle von Saatgutbiestern verhindern

ARBEITSKREIS 4:

Vorsitz	Urban
weitere MdL	Grimm
	Wild
Parlament. Berater	Henning
E-Mail	ak4@afd-fraktion-sachsen.de

ARBEITSKREIS 5:

Vorsitz	Wippel
weitere MdL	Barth, Beger
	Hütter, Wild
Parlament. Berater	Lohbreyer
E-Mail	ak5@afd-fraktion-sachsen.de

ARBEITSKREIS 5: EUROPA, ASYL UND EINWANDERUNG

Asyl:

- Keine illegale, unkontrollierte Einwanderung von überwiegend unqualifizierten und kultur-fremden Wirtschaftsmigranten. Sondern Einwanderung nach einem Einwanderungsgesetz (kanadisches Vorbild) und nach den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft.
- Dem Bevölkerungsrückgang nicht mit Einwanderung entgegenwirken, sondern mit Familien- und Geburtenförderung
- Asylanträge können nicht mehr in Deutschland gestellt werden, sondern heimatnah in Botschaften
- Wirtschaftsmigranten aus sicheren Herkunftsländern (z.B. Balkanstaaten, demnächst Tunesien, Marokko) können keinen Asylantrag mehr stellen.
- Abgelehnte Asylbewerber müssen konsequent abgeschoben werden

Integration:

- Asylbewerber haben eine Integrationspflicht, inklusive des Erlernens der deutschen Sprache. Nichteinhaltung wird mit Sanktionen bestraft.
- Asylbewerber müssen sich unserer Kultur anpassen, sich integrieren und nicht andersherum
- Keine doppelten Staatsbürgerschaften, Parallelgesellschaften vermeiden
- Volksabstimmungen über Minarette, keine Großmoscheen in Sachsen

Europa:

- Kein EU-Superstaat ohne demokratische Legitimation und keine weitere Abgabe von nationalen Kompetenzen an die EU-Bürokratie, sondern ein Europa der Vaterländer mit gemeinsamem Binnenmarkt, aber ohne gemeinsame Währung.
- Umsetzung von Förderprogrammen der EU
- Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer unterbinden
- Sanktionen gegen Russland beenden.

ARBEITSKREIS 6: SOZIALES, VERBRAUCHERSCHUTZ UND GLEICHSTELLUNG

Der Arbeitskreis VI wurde von der AfD-Fraktion neu gegründet, weil Familien-, Sozial- und Gesundheitspolitik zu den wichtigsten Themen unserer Arbeit im Sächsischen Landtag gehören.

Familienpolitik:

- Dem Geburtenrückgang muss mit einer aktiven Familienpolitik begegnet werden. Familien mit Kindern müssen steuerlich entlastet werden über ein Familiensplitting-Modell. Elternschaft und Erziehungsleistung brauchen mehr Anerkennung.
- Die Keimzelle der Gesellschaft ist die Familie aus Vater, Mutter und Kind und deshalb besonders schützenswert. Andere Familien- und „Gender“-Modelle können keinen Nachwuchs zeugen.
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sind weiter auszubauen. Mehr Familienfreundlichkeit in Unternehmen und Universitäten - Arbeitsbedingungen für Familien müssen angepasst werden.
- Kindererziehung und Pflege von Angehörigen müssen auf die Rente angerechnet werden.

Gesundheits- und Sozialpolitik:

- Wiedereinführung des Poliklinik-Modells und mehr Ärzte für den ländlichen Raum.
- Ausreichende Finanzierung von Krankenhäusern und Personal.
- Würdevolles Altern für Senioren ermöglichen, Pflegenotstand verhindern. Besseren Pflege-schlüssel und bessere Entlohnung des Pflegepersonals.

ARBEITSKREIS 6:

Vorsitz	Wendt
weitere MdL	Kersten
	Spangenberg
Parlament. Berater	Schöffler, Wendt
E-Mail	ak6@afd-fraktion-sachsen.de

Nach den verbalen Ausfällen deutscher Politiker gegenüber einer demokratisch gewählten polnischen Regierung hat die AfD-Fraktion die „Dresdner Erklärung“ abgegeben, und sich beim polnischen Volk über die anmaßenden Angriffe entschuldigt (<http://afd-fraktion-sachsen.de/aktuelles/dresdner-erklaerung.html>). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein hohes Gut und darf nicht von EU-Bürokraten beschnitten werden.

Kurz darauf erhielt ich von Vertretern der deutschen Minderheit in Polen eine Einladung nach Schlesien. Schlesien? Ist das nicht der kleine Zipfel um Görlitz herum? Oder war da nicht was mit Breslau? Darf man dort überhaupt als Vertreter einer deutschen Partei hin, ohne revanchistisch zu sein? Darf man das überhaupt sagen und wie spricht man dort die Ortschaften aus? Mit ihrem deutschen Namen oder dem polnischen? Wie denken dort die Deutschen? Das sind Fragen, die vielen Bundesbürgern durch den Kopf gehen dürften, wenn sie an Schlesien denken.

Bereits am ersten Abend konnte ich dank sprachkundiger Begleitung mit einer Bürgerin der Stadt zu Abend essen. Ich lernte, dass „Wasserpölnisch“ – anders als ich dachte – keine Beleidigung ist, sondern der Dialekt der polnischen Schlesier. Ich lernte, dass es zwar eine Förderung seitens der deutschen Regierung für die deutsche Minderheit gibt, die aber nicht unbedingt überprüft wird. Heraus kommt dann eine Kulturarbeit in Form von Zeitungsartikeln im Duktus von: „Ich backe Kuchen mit meinen Freunden und der schmeckt dann sehr gut.“ Meine Begleiterin jedenfalls schüttelte nur den Kopf, während sie diese Geschichte erzählte.

Was würde sie sich wünschen? Es sollte eine stärkere Vernetzung in Fragen der Sprachbildung und Wirtschaft mit Deutschland zum beiderseitigen Gewinn stattfinden. Die deutsche Minderheit sollte über Schlesien hinaus auf sich aufmerksam machen. Es wäre doch schön, wenn man auch in urpolnischen Gebieten wüsste, dass es in Polen eine nicht gerade kleine deutsche Minderheit gibt. Nicht klein? Örtlich hat die Minderheit einen Bevölkerungsanteil von über 20 Prozent. Dies erkennt man an den deutschsprachigen Ortschaften.

Am nächsten Tag kam ich in die Innenstadt von Ratibor. Es muss einmal ein schöner

Besuch bei der deutschen Minderheit in Schlesien

Die „Dresdner Erklärung“ der AfD-Fraktion



Marktplatz von Ratibor, flickr.com, János Korom Dr. (CC)

Marktplatz gewesen sein. Der Brunnen lässt es erahnen. Auch hier wieder: schmucklose Bausünden zwischen schöner alter Architektur. Anna Ronin und ihre Freunde hatten eingeladen. Als Kandidatin für das Amt des Stadtpräsidenten (Bürgermeisterkandidatin) hatte sie zuletzt 48 Prozent der Stimmen in der 51.000 Einwohner zählenden Stadt erreicht. Das ist ein klarer Beweis dafür, welche große Anerkennung sie über die Gruppe der Deutschen hinaus genießt. Auch bei diesen Gesprächen herrschte der Wunsch vor, die Vernetzung mit Deutschland weiter voranzutreiben. Dabei geht es ihr neben dem kulturellen Austausch vor allem um handfeste wirtschaftliche Interessen.

In den deutschen Medien wird derzeit besonders über die neue polnische Regierung der PiS (Partei für Recht und Gerechtigkeit) negativ berichtet. In der Praxis sieht es nun ganz anders aus. Zum einen ist die AfD mit der PiS gemeinsam in der EKR-Fraktion der europäischen Konservativen und Reformer im Parlament der Europäischen Union. Zum anderen lernte ich einen PiS-Bürgermeister einer kleinen 15.000 Einwohnergemeinde aus der Nähe von Rybnik (Ratibor) kennen. Er spricht perfektes Deutsch und äußerte den aufrichtigen Wunsch, einen intensiven kulturellen Austausch zwischen seiner Gemeinde

und einer deutschen herzustellen. Wir werden versuchen, ihn dabei zu unterstützen.

Abschließend durfte ich einer Veranstaltung von Steffen Möller, organisiert vom „Deutschen Freundschaftskreis“, beiwohnen. Er ist ein Westdeutscher, der es in Polen zu einiger Bekanntheit gebracht hat: vom Studenten zum Seifenoperndarsteller und Komiker mit eigenem Bühnenprogramm. Sein Programm befasst sich mit einem Deutschen (ihm), der in Polen ankommt und dabei die Sprache sowie die Menschen kennen lernt. „Po-de-sche“ hätte ich vor Publikum lernen sollen. Es soll wohl so etwas wie „Brötchen“ bedeuten. Pchepraszam. Ich gebe zu, ich habe – oczywiście – nichts verstanden, aber alle haben herzlich gelacht.

Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz besonders bei meinen Gastgeber, weil ich weiß, dass sie dies hier lesen werden. Ich werde nicht das letzte Mal dort gewesen sein.

PS: Die mehrere Hunderttausend Deutschen in Polen dürfen zur Bundestagswahl übrigens auch ihr Kreuz abgeben!



MdL
Sebastian Wippel

Von Abiturienten und Studiumsabbrechern (Drs. 6/3855)

60 % aller Abiturienten studieren, aber 30 % der Studenten brechen ihr Studium ab.

Der erfolgreiche Abschluss eines Studiums hängt von vielen Faktoren ab. Gleichwohl ist klar: Der Anteil der Schüler, die nach dem Abitur ein Studium aufnehmen, hat sich seit 1960 von seinerzeit 10 % auf rund 60 % gesteigert. Diese sehr hohe Quote an Studenten lässt die Frage aufkommen, ob alle Studienanfänger die notwendigen fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium mitbringen, aber auch die Frage, ob die Universitäten die Studiengänge anpassen müssen.

STUDIENERFOLG

Leider gibt es in Deutschland keine verbindliche Definition des Begriffes Studienerfolg.

- geht es um den Erfolg der Hochschulen oder des einzelnen Studenten?
- ist jeder Studienabschluss ein Erfolg?
- kommt es auf die Abschlussnote an?
- spielt die Studiendauer eine Rolle?
- sind Studienabbruch oder Studienwechsel erheblich?
- ist es ein Erfolg, wenn ein Student den Master nicht besteht, wohl aber die Bachelorprüfung?

Ein guter Wegweiser zu diesem Thema ist das „Handbuch Studienerfolg“, 2015 herausgegeben vom Deutschen Stifterverband. Danach muss der Studienerfolg als Erreichen der (jeweils) definierten Ziele der einzelnen Studiengänge verstanden werden. Die Universitäten und Hochschulen nannten bei einer Befragung des Stifterverbandes folgende Kriterien für den Studienerfolg:

- die Erreichung des Studienabschlusses unter Berücksichtigung des Studienverlaufs und der Studiendauer,
- die Berufsfähigkeit und Arbeitsmarktchancen der Absolventen,
- Graduierungsquoten, aber auch
- die Persönlichkeitsentwicklung der Studenten,
- ihr bürgerschaftliches Engagement und
- die gelungene Integration der Studenten in den Hochschulkontext.

Auf jeden Fall ist der Studienerfolg die Kernaufgabe der Universitäten und Hochschulen.



Kirsten Muster (AfD)
im Sächsischen Landtag

DEFIZITE DER SCHULEN

In Sachsen haben 68 % der studienberechtigten Schüler den Wunsch zu studieren, lediglich 19 % beginnen eine Berufsausbildung, 7 % ein Studium an einer Berufsakademie und weitere 6 % nehmen eine sog. Übergangstätigkeit auf. Daher bleiben viele Lehrstellen unbesetzt. Nicht jeder Schüler, der Abitur gemacht hat, muss auch studieren. Denn allein das Abitur sagt noch nichts über die Studierfähigkeit eines Schülers aus. Die Hochschulen sollten verstärkt durch einheitliche Eignungstests die Studierfähigkeit prüfen. Des Weiteren sollten die Schüler zunehmend Praktika in Lehrberufen absolvieren und auch an den Hochschulen die Möglichkeit der Teilhabe am Lehrbetrieb eingeräumt bekommen, um dadurch ein realistisches Bild vom Ablauf sowie der erforderlichen Selbstorganisation eines Studiums zu erhalten. Schließlich ist der Schlüssel zum Erfolg im Studium gleichfalls in der Qualität von Lehre und Studium zu suchen: Die Lehrveranstaltungen an den Hochschulen sind insoweit von den Hochschullehrern und nicht vom wissenschaftlichen Hilfspersonal zu übernehmen. Der hohe Anteil nicht Habilitierter unter den Professoren ist besorgniserregend.

SCHWUND- UND ABRUCHQUOTEN

Die Studienabbrucherquote in Deutschland ist mit 30 % sehr hoch. Auch hier gibt es keine verlässlichen Zahlen. Der Studienabbruch hat u.a. folgende Gründe:

- Leistungsprobleme: Viele Studienabbrecher merken selbst, dass sie den Anforderungen des Studiums nicht gerecht werden, den Stoff nicht bewältigen und dem Leistungsdruck nicht gewachsen sind.
- Finanzierung des Studiums: Hinter diesem Abbruch verbergen sich nicht nur finanzielle Engpässe, sondern ebenso die zunehmenden Schwierigkeiten, berufliche Verpflichtungen mit Studium zu vereinbaren.
- mangelnde Studienmotivation: Abbrecher identifizieren sich nicht mehr mit ihrem Studienfach. Sie haben sich mit falschen Erwartungen immatrikuliert.
- für ein Drittel der Studienabbrecher sind unzureichende Studienbedingungen entscheidend.
- jeder zehnte Studienabbrecher verlässt die Hochschule, weil er sich beruflich neu orientiert. Er möchte eine Ausbildung beginnen.
- nur sehr wenige Studienabbrecher machen für ihren Studienabbruch familiäre Probleme wie das Betreuen von Kindern oder von Familienangehörigen geltend und noch weniger verweisen auf Krankheit als Ursache.

Es ist ein Irrweg den Abiturienten zu suggerieren, unsere Wirtschaft brauche unendlich viele Akademiker. Derweil klagen vermehrt Unternehmen über fehlende Bewerber für ihre Lehrstellen.

Wie MdL Gunter Wild den anderen Parteien Populismus bei der Windkraft nachwies

Drucksache 6/2009, Antrag der Fraktion AfD



Gunter Wild bei seiner Rede im Sächsischen Landtag

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich zitiere: „Nach einer intensiven und sachlichen Beratung hat sich gezeigt, dass ohne ein Moratorium für Windkraft Fehlentwicklungen nicht gestoppt werden können.“ So Christian Baldauf, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion des Landtages von Rheinland-Pfalz im Februar 2015. Aha! Populistisch? Gut.

Stefan Gruhner, energiepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, fordert ebenfalls ein Moratorium für Windkraftanlagen und betrachtet die Energiepolitik der rot-rot-grünen Landesregierung als – ich zitiere –, „naturzerstörend, bürgerfern, teuer und höchst unsozial“. Ich wiederhole: CDU Thüringen!

(Beifall bei der AfD)

Ich mache weiter mit Populismus. Ebenso fordert sein Fraktionsvorsitzender, Mike Mohring, in der „Welt“ einen vorübergehenden Stopp des Ausbaus der Windkraft in Thüringen. Herr Mohring wörtlich: „Wir fordern von der Regierung ein Windkraftmoratorium.“ Ist Mike Mohring aus Thüringen populistisch? Sie haben es gesagt.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Das stimmt ja auch!)

Werte Abgeordnete, genauso ein Windkraftmoratorium fordern wir bei uns auch; denn es geht hier um die Gesundheit der Menschen in Sachsen, nicht um Populismus.

Sie alle müssen jetzt eine Gewissensentscheidung treffen.

(Oh-Rufe von der CDU, den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

In fünf, sechs oder zehn Jahren, wenn herauskommt, dass diese schädlichen Schallwellen doch Krankheiten auslösen können, tragen auch Sie Verantwortung dafür, weil Sie diesem Antrag heute nicht zugestimmt haben.

(Beifall bei der AfD)

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Das ist schon starker Tobak: Wenn Sie nicht weiterwissen, werfen Sie mit Populismus um sich.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Das einzig Populistische zu diesem Antrag in diesem Raum habe ich von Ihnen gehört.

(Beifall bei der AfD)

Ich werde Ihnen das jetzt beweisen.

(Ines Springer, CDU: Wir haben um 19 Uhr Gäste!)

Ihnen ist es offensichtlich völlig egal, dass die Bürger, Ihre eigenen Parteikollegen in anderen Bundesländern und vor allem die Parteibasis hier in Sachsen völlig anderer Meinung sind als Sie, die Abgeordneten hier im Landtag.

Ein kleiner Rückblick zur Erinnerung:

Ich beziehe mich auf eine Presseveröffentlichung, in der es heißt: Die Ministerpräsidenten Seehofer und Tillich verschließen sich nicht der Vernunft und der Verantwortung. – Ihnen, Herr Ministerpräsident Tillich, wird in einem Schreiben der „Bundesinitiative

für vernünftige Energiepolitik“ der Dank für Ihre Initiative – gemeint ist die Initiative im Bundesrat – ausgesprochen. Ich zitiere: „Mit Freude und Erleichterung haben die Bürger Sachsens nun erfahren, dass Sie ihre Sorgen und Argumente ernst nehmen.“

Das sind Aussagen von damals. Den Koalitionsvertrag mit der SPD gab es damals natürlich noch nicht.

Deshalb frage ich: Worin liegt denn jetzt der Sinneswandel? Im Koalitionszwang? Oder hat sich grundsätzlich etwas an der Technologie geändert? Hier geht es um die Gesundheit der Menschen, die unter diesen Schallimmissionen – so nenne ich sie jetzt einfach – leiden. In diesem Fall, wenn es um die Gesundheit der Menschen in Sachsen geht, ist Koalitionstreue doch wirklich nachrangig.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Wendemanöver wundert mich, meine Fraktion, viele Bürger in Sachsen und viele Parteimitglieder eben der Parteien, die gerade dagegen gewettert haben.

Hier wurde behauptet, unser Antrag sei populistisch. Ich werde Ihnen jetzt etwas Populistisches nennen.

Zur SPD. Ich weiß, Windkraft ist Ihr Hobby. Sie wollten deshalb unbedingt, dass ein entsprechender Passus in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. Aber die SPD in anderen Bundesländern sieht die Problematik mit der Windkraft durchaus anders als die SPD hier in Sachsen. Selbst Brandenburgs Ministerpräsident Woidke zweifelt an der Energiewende und hält künftig auch die konventionelle Energie mit Blick auf Braunkohle für wichtig. Wörtlich: Auch müsse die Förderung umgebaut werden, was vor allem die Windenergie treffen könnte. – Aha! Die SPD in Brandenburg! Meine Damen und Herren SPD-Abgeordneten des Sächsischen Landtages, geben Sie sich einen Ruck! Viele betroffene Menschen würden es Ihnen danken.

Zur links-grünen Opposition muss ich auch noch kommen, selbstverständlich. Ich vergesse Sie nicht. Bei Ihnen ist die Bilanz der Widersprüche mindestens genauso groß. Der grüne Ortsverband von Kelberg in Rheinland-Pfalz wird sich aus Protest gegen die Zerstörung der Natur durch die Windräder selbst auflösen. Das ist doch einmal eine Nachricht!

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD –Christian Piwarz, CDU: Bestand der Ortsverband nur aus ihm selbst?)

Peter Kühbach, Geschäftsführer des grünen Ortsverbandes, sieht in der Windkraft rot. Politiker der SPD und der GRÜNEN im Landkreis Stade in Niedersachsen sagen – Sie sehen, ich mache den Schwenk durch ganz Deutschland, wenn es um Windkraft geht; denn Infraschall gibt es in ganz Deutschland – : Die Schmerzgrenze ist erreicht. Wir verweigern die Zustimmung zu dem weiteren Ausbau der Windparks.

Das Beste kommt erst noch.

(Zurufe von der CDU, den LINKEN und den GRÜNEN: Ach so?)

Das Allerbeste kommt noch. – Die linke Gallionsfigur Oskar Lafontaine, früher SPD-Politiker, heute bei den LINKEN, bläst in Bürgerinitiativen im Saarland Sturm gegen Windkraft und bezeichnet den Umgang mit Landschaften und Bauwerken, so wörtlich, als „Banausentum“. Oskar Lafontaine im Saarland!

(Beifall bei der AfD –Christian Piwarz, CDU: Ist er überhaupt noch bei den LINKEN? Nicht, dass er noch in die AfD eintritt!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Wild, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Gunter Wild, AfD: Gern. Dann habe ich mehr Zeit.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Frau Friedel, bitte.



“
Nicht einmal innerhalb Ihrer Parteien sind Sie sich über die Frage der Windkraft einig. Das geht so weit, dass DIE LINKE im Vogtlandkreis einen Appell unterschreibt, die Länderöffnungsklausel in Anspruch zu nehmen, aber DIE LINKE hier im Landtag den Antrag einbringt, sie nicht in Anspruch zu nehmen. Ich bitte Sie! Das ist doch lächerlich.

Sabine Friedel, SPD: Herr Kollege, Sie haben uns mit vielen Zitaten eines gezeigt: dass es in Parteien unterschiedliche Meinungen gibt. Ist das in der AfD auch so, oder sind Sie immer einer Meinung?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN)

Gunter Wild, AfD: Ich danke Ihnen für die Frage und werde sie jetzt ganz klar beantworten. Wenn es um die Gesundheit unserer Mitbürger geht, sind wir in der AfD definitiv immer alle einer Meinung.

(Lebhafter Beifall bei der AfD –Lachen bei der CDU, den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Die Frage ist beantwortet. Sie können in Ihrer Rede fortfahren.

Gunter Wild, AfD: Ich fahre fort.

(Marco Böhme, DIE LINKE, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Böhme, Herr Wild hat mir ein Zeichen gegeben, dass er keine weitere Zwischenfrage zulassen möchte. Ich hoffe, ich habe das Zeichen richtig verstanden.

Gunter Wild, AfD: Richtig. Machen Sie eine Kurzintervention, Herr Böhme. – Merken Sie was?

(Mario Pecher, SPD: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Für wie dumm halten Sie eigentlich die Menschen in Sachsen? Nicht einmal innerhalb Ihrer Parteien sind Sie sich über die Frage der Windkraft einig. Das geht so weit, dass DIE LINKE im Vogtlandkreis einen Appell unterschreibt, die Länderöffnungsklausel in Anspruch zu nehmen, aber DIE LINKE hier im Landtag den Antrag einbringt, sie nicht in Anspruch zu nehmen. Ich bitte Sie! Das ist doch lächerlich. Was erkennt man daran?

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Zwischen Dresden und dem Vogtland gibt es Unterschiede!)

Vielleicht habe ich dann noch ein paar Minuten und komme darauf zurück. Aber jetzt läuft mir die Zeit weg.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Sie sagen es.

Gunter Wild, AfD:

Ich appelliere nochmals an Sie: Hören Sie auf Ihre Kollegen in den anderen Bundesländern, die das ebenso kritisch sehen! Entscheiden Sie sich für die Menschen in Sachsen; sie haben es verdient, dass mögliche Gesundheitsschäden untersucht werden, bevor die Windkraft weiter ausgebaut wird.

Herzlichen Dank.

Flüchtlinge verklagen Deutschland

Über 2000 Klageverfahren gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingeleitet

Zur Landtagssitzung am 17. März 2016 brachte die AfD-Fraktion einen Antrag „Gesetz zur Änderung des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes“ in den Sächsischen Landtag ein.

Die deutsche Justiz wird aktuell durch ein bis dato völlig unbekanntes Phänomen belastet. Jene Asylbewerber, die noch im letzten Jahr auf deutschem Staatsgebiet Schutz gefunden haben, verklagen nun den Staat – zu tausenden. Besonders paradox: Die Kosten des Verfahrens trägt der Steuerzahler.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (kurz: BAMF), welches für die Bearbeitung von jährlich 150.000 Asylanträgen ausgerichtet war, muss nun plötzlich 1,1 Mio. Anträge bearbeiten. Mit dem Antragsstau sind aber tausende Asylbewerber nicht einverstanden und versuchen ihr Verfahren auf dem Rechtsweg zu beschleunigen. Sie verklagen das BAMF auf Untätigkeit!

Was könnte sich eine Person, die den Schrecken des Krieges erleben musste, davon versprechen, ihr Gastland zu verklagen? Ist es mangelnde Bescheidenheit? Undank?

Die Welt schrieb dazu am 20.01.2016 über die Lage in NRW: „Mit Untätigkeitsklagen wollen die Betroffenen die Behörde demnach zwingen, ihre Anträge zu bearbeiten, damit sie eine Arbeit oder Ausbildung aufnehmen und eventuell Angehörige nachholen können.“

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich erneut die Frage, was Asyl in Deutschland eigentlich bedeutet.

Sind die rasche Aufnahme einer Arbeit, eines Studiums (nebst BAFÖG) oder das schnelle Nachholen der Familie tatsächlich lebensnotwendige und darum einklagbare Dinge? Warum lässt sich der deutsche Staat einerseits bereitwillig verklagen, hält sich aber andererseits selbst nicht an die geltenden Asylgesetze und lässt die illegale Masseneinwanderung zu?

Für Flüchtlinge ändert sich angesichts einer Untätigkeitsklage gegen das BAMF eigent-



MdB Andrea Kersten

lich nichts. Asyl oder Schutz nach der Flüchtlingskonvention ist und bleibt das Gewährleisten von Schutz und Sicherheit – für einen begrenzten Zeitraum. Sogar für uns selbstverständliche Leistungen wie Kleidung, Nahrung oder ein Dach über dem Kopf werden in diesem Umfang in kaum einem anderen Land der Welt gewährt.

Doch Humanität reicht offenbar nicht mehr! Instrumentalisiert von einer sich immer mehr ausbreitenden Asyllobby (z.B. „Pro Asyl“) werden Flüchtlinge beraten und aufgefordert, ihr Gastgeberland Deutschland zu verklagen. Zusätzliche Rahmenleistungen, die nichts, aber auch gar nichts mit Schutz und Sicherheit zu tun haben, werden eingefordert.

„LIZENZ ZUM GELDDRUCKEN“ FÜR ANWÄLTE

In der paradoxen Tatsache, dass Asylbewerber auf Staatskosten den Staat verklagen können (zur besseren Verdeutlichung des Sachverhaltes: es ist so, als wenn ich meinem Nachbarn Geld gebe, damit er mich verklagen kann), klafft eine Lücke im deutschen Rechtssystem. Immerhin sind in den Verfahrenskosten, die der Steuerzahler trägt, auch die Honorare von Anwälten enthalten. Es ist davon auszugehen, dass diese in der Regel von „ProAsyl“ vermittelten Anwälte den meisten Nutzen aus einem Klageverfahren

ziehen, werden sie doch auch im Falle einer negativen Entscheidung vor Gericht ihr Honorar erhalten.

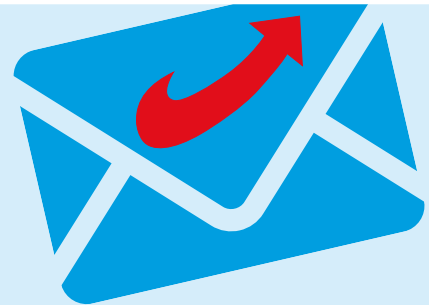
Die deutsche Bundesregierung – in persona Frau Merkel- wird von vielen ausländischen Politikern wegen ihrer humanitären Haltung gelobt. Insgeheim rufen Sie „weiter so, Angela!“, denn je mehr Asylbewerber Deutschland aufnimmt, umso weniger müssen sie sich um das Problem kümmern. Mir ist noch kein Land bekannt, dessen Politiker Frau Merkel loben, die Deutschland Asylbewerber abgenommen haben oder vorhaben, dies zu tun.

In der aktuellen Situation muss schnell gehandelt werden. Asyl muss sich auf humanitäre Hilfe konzentrieren, die Menschenwürde bewahren und darf nicht den Rechtsstaat lahm legen. Durch solche falschen Anreize wird die Völkerwanderung illegaler Einwanderer erst richtig angeheizt. Kaum ein Asylbewerber sucht Schutz vor Verfolgung in EU-Ländern wie Slowenien, Spanien, Frankreich oder Griechenland. Alle wollen nach Deutschland, weil es hier die üppigsten Sozialleistungen gibt, kaum ein illegaler Wirtschaftsflüchtling wieder nach Hause geschickt wird und das Gastland obendrein noch umfangreich und kostenlos verklagt werden kann.

von MdB Andrea Kersten

Der Blaue Brief

Wie war's in Köln vormals so schön,
mit Multi Kulti so bequem - eine satirische Betrachtung.



Man lobte sich und rühmte sich und ließ den Verstand weit hinter sich. Mehr Fremde müssen in das Land - dann sind wir all Orts anerkannt. Die Multi Kulti Hochkultur, bringt wirklich frohe Menschen hervor. Wie ist das Stadtbild doch so schön, wenn wir so bunte Menschen sehen. Mit Vielfalt dieser lieben Fremden soll unser fades Leben enden.

Nun kam Silvester 2015 - da ließen sich die Gäste gehen. Sie brachten uns ihre Kultur, die Vielfalt und die wahre Natur, frei von lästigen Verboten: Der Auftakt fürs Grab-schen und für Zoten. Polizei war da nur lästig, das zeigte man und das auch heftig. Man läßt sich nicht beim Fummeln bremsen, für Deutsche gelten allein die Grenzen. Nun sind bekehrt die dummen Deutschen, dank schwarz, rot, grün und anderen Leuchten. Letztendlich konnten wir erfahren, wer zu uns kommt in nächsten Jahren. Wie konnten wir dies nur vermissen - war unser Leben nicht beschissen?

Auch hat sich unser Geld vermehrt, wo vorher die Kassen leer gekehrt. Nichts war darin für arme Leute, für Bildung und Probleme heute. Nun sind sie da, die vielen

Moneten, für Fremde können wir es geben. Spitzbuben in Deutschland sind vakant - sie werden ergänzt aus fremdem Land, 150.000 oder noch mehr - die Bürger schätzen diese sehr, können sie doch nun Geld ausgeben für Bauaufwand und sicheres Leben.

Das Volk muß weg, daß Volk ist schlecht, sagte schon Bertold Brecht. Ein neues Volk muß nun heran, auch wenn es ist der schwarze Mann. Die Wählerquoten sinken sehr, da sollten auch Araber her, und selbst aus den fernsten Landen hoffen wir auf Asylanten. Der nahe Osten ist nun leer, in Afrika wohnt keiner mehr - doch Platz ist noch in deutschen Betten - da kann man noch einen Fremden stecken, die Aussicht macht uns doch bekloppen, denn Deutschland ruft ihr seid „Willkommen“.

Mein Land, so schämt sich Angela, ist alt genug schon 1000 Jahr, es soll nun weg von Recht und Treue, was jetzt kommt ist das wahre Neue. Fleiß und Nibelungenmut taten uns viel zu lange gut, auch nicht mehr Sauerkraut und Haxen, schächten sollten wir und fasten.

2016 - Wahlen anstehen, nun müssen wir doch mit dem Volke gehen. Erst Grenze

auf, jetzt Grenze zu, wünscht zaghaft auch die CDU. Zitternd fordert sie Integration, die Besucher meinen, die spinnen schon. Deutschland wird uns bald gehören, das können wir bei Allah schwören.

Der Muezzin ruft übers Land, vom Turm gen Mekka ist der Blick gewandt. Schweinefleisch ist nun verpönt, das haben wir uns abgewöhnt. Gen Osten sollten wir uns neigen und Allah unsere Gunst bezeigen. Wenn Merkel kommt im Schleier nur, dann haben wir die gewünschte Kultur. Dem Paradiese sind wir ganz nah in Kutte und in der Burka.

Die Welt schaut auf Deutschland und sagt nicht leise: „Die Deutschen haben eine Meise.“

Doch all das werden wir verhindern Die Zukunft gehört noch unseren Kindern. Wem's nicht gefällt im deutschen Land, wird woanders vielleicht anerkannt. Sie sollten gehen, am besten noch heute. Wir brauchen sie nicht - diese Leute!

Detlev Spangenberg

Tourismuspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion in seiner Büttensenrede zum politischen Aschermittwoch

Nach den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht, forderte Landtagspräsident Matthias Rößler in seiner Neujahrsansprache einen „starken Staat“ und „konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber“.

Hinweis:

Die BlauePost ist auch als PDF-Download verfügbar: www.afd-fraktion-sachsen.de

Weitere aktuelle Informationen über die AfD-Sachsen erhalten Sie im wöchentlich erscheinenden Web-Magazin „AfD Sachsen Aktuell“, erhältlich über www.afdsachsen.de.

Dort können Sie sich auch in den Newsletter der AfD-Sachsen eintragen.



Folgen Sie uns auch bei:



facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen



twitter.com/AfD_SLT



<http://bit.ly/1L9Tb1f>

www.afd-fraktion-sachsen.de

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0351 - 493-4222

BlauePost Nr. 4
April 2016

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

presse@afd-fraktion-sachsen.de
info@afd-fraktion-sachsen.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Fraktionsgeschäftsführer Thomas Strobel
Pressesprecher Andreas Albrecht Harlaß

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.